

Christoph Butterwegge*

Generationengerechtigkeit – soziale Zukunftsverpflichtung oder politischer Kampfbegriff?

Mit den Plänen zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, also Konzepten der sog. Hartz- bzw. der sog. Rürup-Kommission und Gerhard Schröders „Agenda 2010“, häuften sich die Bemühungen, bis dahin in der Gesellschaft allgemein gültige Gerechtigkeitsvorstellungen grundlegend zu verändern, weil die Reformen der o.g. Art sonst kaum Chancen hätten, auf Massenakzeptanz zu treffen. Der dominierende Gerechtigkeitsbegriff wurde in mehrfacher Hinsicht modifiziert; sein Inhalt verschob sich von der sozialen Gerechtigkeit zur „Chancengleichheit“, von der Bedarfs- zur Leistungsgerechtigkeit, von der Verteilungs- zur „Beteiligungsgerechtigkeit“, von der *ausgleichenden* zur *Tauschgerechtigkeit*, von der *gemeinschaftlichen* zur versicherungsmathematischen *Risikogerechtigkeit* und von der sozialen zur „Generationengerechtigkeit“. Auf den zuletzt genannten Transformationsprozess konzentrieren sich diese Thesen, weil darin der entscheidende Aspekt gut sichtbar wird: Es geht darum, Gerechtigkeit nur noch horizontal, nicht mehr vertikal (im Sinne der Umverteilung von oben nach unten) zu denken und ihr damit jeden gesellschaftskritischen Stachel zu nehmen.

Nicht erst seit Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union, mit seiner Forderung, man solle 85-Jährigen keine künstlichen Hüftgelenke mehr finanzieren, das Sommerloch 2003 füllte, hat das Thema „Generationengerechtigkeit“ enorme Konjunktur. Begründet wird die Forderung nach mehr Solidarität zwischen den Generationen damit, dass die heutigen Alten gut situiert, die heutigen und die künftigen Jungen hingegen zu stark belastet bzw. ohne Aussicht auf eine ähnlich komfortable Absicherung im Wohlfahrtsstaat der Zukunft seien.

Man tut gut daran, die Plausibilität solcher fast schon zum Gemeingut avancierten Auffassungen zu hinterfragen. „Generationengerechtigkeit“ ist ein politischer Kampfbegriff, der dadurch neoliberale Vorstellungen im Hinblick auf einen weiteren Um- bzw. Abbau des Sozialstaates legitimieren hilft, dass ein sich aus anderen Gründen verschärfender Verteilungskampf zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Schichten zu einem „Generationenkrieg“ umgedeutet wird. Man reduziert die sozialen auf demografische Probleme, d.h. letztlich auf biologische Prozesse, was sie einer Lösung im Interesse der großen Bevölkerungsmehrheit entzieht.

Was auf den ersten Blick einleuchtet, weil niemand etwas gegen Gerechtigkeit hat, erweist sich bei genauerem Hinschauen als ein semantisches Ablenkungsmanöver: Man spricht über „mangelnde Generationengerechtigkeit“, um über die soziale Ungleichheit in jeder Altersgruppe schweigen zu können. Die soziale Polarisierung, Folge der neoliberalen Modernisierung fast aller Lebensbereiche, wirkt freilich bei den Jüngeren nicht anders als bei den Älteren: Die zunehmende Armut geht mit

wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie geradezu dessen Kehrseite.

In der öffentlichen Wahrnehmung erscheint die demografische Entwicklung vorwiegend als Krisen- bzw. Katastrophenszenario, das zu einer Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Kürzung von Leistungen, Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierung von Risiken) zwingt. Meist wird die demografische Entwicklung dramatisiert, denn auf diese Weise legitimiert sie den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, Rentenkürzungen und andere Maßnahmen. Demografie fungiert dabei als Mittel der sozialpolitischen Demagogie. Die Höhe der Renten hängt aber nicht von der Biologie, sondern der Ökonomie und der Politik ab. Entscheidend ist, wie viel gesellschaftlichen Reichtum eine Volkswirtschaft erzeugt und auf wen, d.h. auch auf welche Altersgruppen, man ihn wie verteilt. Bei einer stagnierenden bzw. künftig sogar sinkenden Bevölkerungszahl müsste im Falle eines nicht mehr explosionsartig, aber recht kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukts für alle genug da sein.

(Arbeits-)Produktivität, Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen wachsen trotz der Veränderung des Altersaufbaus. Wenn die deutsche Gesellschaft will, kann sie den demografischen Wandel und seine Folgen solidarisch bewältigen, denn sie ist heute so reich wie nie. Was fehlt, ist eine soziale Umverteilung von oben nach unten, die der Bekämpfung sowohl von öffentlicher wie von privater Armut dient. Abgesehen davon, dass die langfristigen Prognosen der Bevölkerungswissenschaft selten zutrafen, weil z.B. die Zuwanderungsraten stark stiegen, ist demografischer Defätismus unangebracht, weil der Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen und die Gesetzliche Rentenversicherung im Besonderen auf einem Grundkonsens darüber beruhen, welcher Teil des Bruttoinlandsprodukts für Soziales ausgegeben wird und welche Gesellschaftsschichten wie viel ihres Einkommens dafür abzugeben müssen. Statt darüber zu diskutieren, wie aus einer Verschiebung der Altersstruktur erwachsende Schwierigkeiten solidarisch bewältigt werden können, missbraucht man die angeblich drohende „Vergreisung“ zur Durchsetzung von Renten- und Sozialkürzungen.

Rentenkürzungen sind mit Sicherheit kein Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“: Erstens treffen sie nicht in erster Linie jetzige Rentner/innen, sondern Jahrgänge, die gegenwärtig noch oder noch nicht erwerbstätig sind. Zweitens haben sie im Hinblick auf das gesellschaftliche Engagement und die familialen Unterstützungsleistungen der Betroffenen eher negative Folgen, worunter die jüngeren Altersgruppen leiden würden. Auch die geplante Erhöhung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre verschlechtert die Arbeitsmarktchancen der *kommenden* Generationen. Gerade wer in den Ruf nach Generationengerechtigkeit einstimmt, müsste darum bemüht sein, dass auch Heranwachsende noch einen entwickelten Wohlfahrtsstaat und das bisherige Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt es weiter zu verringern!

* Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln; Buchveröffentlichungen zum Thema: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Aufl. Opladen (Verlag Leske & Budrich, jetzt: VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2003; Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2005; Christoph Butterwegge/Michael Klundt/Matthias Zeng, Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2005